



G7-INNENMINISTER

ISCHIA, 19.-20. Oktober 2017

GEMEINSAME ERKLÄRUNG

„Bekämpfung des Terrorismus und gewalttätigen Extremismus: Verpflichtungen in konkrete Maßnahmen umsetzen“

Wir, die G7-Innenminister, sind angesichts der jüngsten Serie von Terroranschlägen mit den für Migration, Inneres und Bürgerschaft sowie die Sicherheitsunion zuständigen Mitgliedern der Europäischen Kommission sowie dem Generalsekretär Interpols zusammengekommen, um gestützt auf die im Rahmen des G7-Aktionsplans von Ise-Shima erzielten Fortschritte die Erklärung der Staats- und Regierungschefs von Taormina zum Kampf gegen Terrorismus und gewalttätigen Extremismus weiterzuverfolgen und ihre vollständige Umsetzung sicherzustellen.

Wir wiederholen nachdrücklich unsere Verurteilung des Terrorismus in all seinen Formen und bekräftigen unsere Bereitschaft, ihn unter uneingeschränkter Achtung der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit weiter zu bekämpfen.

Die Bedrohung für unsere Länder entwickelt sich stetig weiter und wird unmittelbar von internationalen Entwicklungen beeinflusst. Wir beobachten einen Anstieg von Anschlägen durch terroristische Netzwerke und Einzeltäter, während Daesch im Irak und in Syrien immer mehr Städte und Gebiete verliert. Diese Entwicklung wird sich voraussichtlich auch nach einer militärischen Niederlage von Daesch fortsetzen, was die vollständige Umsetzung der Erklärung von Taormina umso dringlicher macht.

Die Erfahrung zeigt, dass ein möglichst umfassender Informationsaustausch zwischen internationalen Partnern, Regierungen und Behörden in Einklang mit den geltenden Bestimmungen ein wichtiges Werkzeug zur Verhinderung und Bekämpfung des Terrorismus ist. Heute wollen wir einen Schritt weiter gehen, indem wir die institutionellen Interessengruppen, die Zivilgesellschaft, lokale Gemeinschaften und die Wirtschaft besser in die Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung einbinden.

Missbrauch des Internets für terroristische Zwecke verhindern

Daesch, al-Qaida und andere terroristische und gewalttätige extremistische Organisationen missbrauchen das Internet weiterhin, um Propaganda zu verbreiten, Mitglieder anzuwerben, zu Gewalt aufzurufen und zu Anschlägen zu ermutigen. Besondere Besorgnis bereitet uns, dass Daesch aufgrund seiner militärischen Rückschläge seine Unterstützer über das Internet aufruft, Terroranschläge in unseren Ländern und weltweit zu begehen. Wir müssen daher dringend weitere wirksame Maßnahmen entwickeln und umsetzen, um dem Missbrauch des Internets durch Terroristen und ihre Unterstützer zu begegnen.

Wir verstehen, wie wichtig es ist, mit Anbietern von Kommunikationsdiensten und Betreibern von Sozialen Medien gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, um ein strategisches Bündnis zu schließen und terroristische Inhalte auf Online-Plattformen in Einklang mit unseren Grundrechten und Werten umgehend zu erkennen und zu löschen. Wir werden weiter mit diesen privatwirtschaftlichen Partnern bei der Umsetzung der nötigen Maßnahmen zusammenarbeiten, um Radikalisierung, Rekrutierung und Anschlagplanungen über das Internet zu verhindern.

Wir ermutigen die Wirtschaft und Zivilgesellschaft, mit uns zusammen Gegenentwürfe zur terroristischen Propaganda zu entwickeln, aufbauend auf dem beim EU-Internetforum vorgestellten Programm zur Stärkung der Zivilgesellschaft und der Arbeit des neu eingerichteten Global Internet Forum to Counter Terrorism (GIFCT).

Wir verweisen auch auf das von Italien, Frankreich und dem Vereinigten Königreich am 20. September 2017 am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York organisierte Treffen, auf dem diskutiert wurde, wie die Nutzung des Internets für terroristische Zwecke verhindert werden kann.

Wir sind überzeugt, dass es jetzt notwendig ist, die Entwicklung automatisierter Technologie zum schnellen Erkennen und Löschen terroristischer Inhalte und zum Verhindern ihrer weiteren Verbreitung zu fördern und sich für ihre Nutzung einzusetzen. Wir begrüßen die Fortschritte der Sozialen Medien in diesem Bereich und rufen sie zu noch mehr Engagement auf.

Wir rufen die Internetunternehmen auf, das Potenzial der Hashwert-Datenbank zu erweitern, damit Hashwerte bekannter terroristischer Inhalte unternehmensübergreifend ausgetauscht werden können. Wir heben die Herausforderung für die Wirtschaft hervor und fordern sie auf, im Global Internet Forum gemeinsam Lösungen zu entwickeln, um terroristische Inhalte innerhalb von ein bis zwei Stunden nach dem Hochladen zu erkennen und zu löschen, soweit dies technisch machbar ist und nicht die Menschenrechte und Grundfreiheiten verletzt. Wir fordern die Unternehmen ebenfalls auf, technische Werkzeuge für das automatisierte Erkennen und Löschen solcher Inhalte zu entwickeln. Zudem betonen wir, wie wichtig es ist, dass den

Strafverfolgungsbehörden gelöschte Inhalte gemeldet werden, damit Bedrohungen für die öffentliche Sicherheit untersucht und mögliche kriminelle Aktivitäten verfolgt werden können.

Der Austausch bewährter Verfahren und Technologie, um die Widerstandsfähigkeit kleinerer Unternehmen zu erhöhen, ist ebenso wichtig wie die Erweiterung unseres Wissens durch Forschung und Entwicklung und die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Partner, um Gegenentwürfe und alternative Erzählungen zu entwickeln.

Informationsaustausch zur Terrorismusbekämpfung und Bewältigung der Bedrohung durch ausländische terroristische Kämpfer

Zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus haben wir heute vereinbart, die Zusammenarbeit bei der Auswertung von auf Kampfschauplätzen in Krisengebieten gewonnenen Daten für die Zwecke der Strafverfolgung in Einklang mit nationalen Gesetzen, wo möglich, auszubauen.

Die intensiven Bemühungen der Länder in der Global Coalition against Daesh können einen erheblichen Schub mit positiven Auswirkungen auf die innere Sicherheit erfahren, wenn auf Kampfschauplätzen gewonnene Informationen mit Strafverfolgungs- und Justizbehörden in Einklang mit den einschlägigen Rechtsgrundlagen ausgetauscht werden.

Wir sind überzeugt, dass durch den militärischen Druck auf Daesh und die vollständige Befreiung der von Daesh eingenommenen Gebiete eine erhebliche Menge an Informationen zusammengetragen werden kann, insbesondere zu ausländischen terroristischen Kämpfern, die andere Staaten bedrohen wollen oder versuchen, aus Konfliktgebieten in unsere Länder, ihre Herkunftsländer oder andere, staatsfreie Räume zurückzukehren.

Dementsprechend haben wir ebenfalls auf der Grundlage früherer Erfahrungen der internationalen Gemeinschaft im Irak und in Afghanistan unter Beteiligung von Interpol vereinbart, dass diese Informationen in Einklang mit unserem nationalen und internationalen Recht verarbeitet werden sollten, damit Strafverfolgungsbehörden wie Interpol sie für Ermittlungen, Analysen und justizielle Tätigkeiten sowie für Überwachungsmaßnahmen, das Verhängen von Einreiseverboten, das Einfrieren von Vermögen und die Umsetzung von Abschiebungsanordnungen nutzen können.

Wir setzen uns weiterhin für die Nutzung von Fluggastdaten (PNR) und erweiterten Fluggastdaten (API) bei der Überprüfung von Reisenden und dem allgemeinen Kampf gegen den Terrorismus ein: Diese Informationen sind unerlässlich, um die terroristische Bedrohung zu erkennen und zu bekämpfen, die von risikoträchtigen Reisenden ausgeht.

Ein gemeinsamer Ansatz zum Umgang mit ausländischen terroristischen Kämpfern

Dem Problem der ausländischen terroristischen Kämpfer, die in unsere Länder zurückkehren, kann nicht allein durch administrative und/oder justizielle Gegenmaßnahmen beigegeben werden, da diese Maßnahmen häufig nicht ausreichen, um die Vielzahl der Fälle abzudecken.

Daher müssen konkrete Maßnahmen, einschließlich nicht-justizieller Maßnahmen, zur Demobilisierung und/oder Deradikalisierung zurückkehrender ausländischer terroristischer Kämpfer innerhalb und außerhalb von Gefängnissen ergriffen werden.

Ein solch komplexes Ziel erfordert einen gemeinsamen systematischen und kooperativen Ansatz auf der Grundlage von den Beiträgen der verschiedenen Regierungsbehörden, bei dem Strafverfolgungsbehörden und zivilgesellschaftliche Akteure gemeinsam handeln.

Ausgangspunkt dafür muss eine unmittelbare und genaue Bewertung des individuellen Risikos sein, d. h. ergriffene Maßnahmen müssen für jeden Einzelfall geprüft werden.

Uns ist bewusst, dass jeder zurückkehrende ausländische Kämpfer einzigartig ist und daher in jedem Fall ein individueller und maßgeschneiderter Ansatz gewählt werden muss, der die verschiedenen Erfahrungen der Täter, ihr Alter und ihr Geschlecht berücksichtigt. Daher werden wir speziell auf zurückkehrende Frauen und Kinder angepasste Maßnahmen entwickeln. Um die G7-Zusammenarbeit weiter zu stärken, werden wir weitere Maßnahmen entwickeln, die Wirksamkeit von Demobilisierungsprogrammen beurteilen sowie bewährte Verfahren und gewonnene Erkenntnisse austauschen.

Wir weisen auf die Bedeutung eines umfassenden Ansatzes in Bezug auf Extremismus hin, der die zugrundeliegenden Probleme angeht und die Zivilgesellschaft aktiviert, indem er vielfältige Reaktionen vorsieht, einschließlich behördenübergreifender Zusammenarbeit, Risikobewertung, möglicher Eingriffe, Wiedereingliederung, Demobilisierung und Strafjustiz.

Wir sehen mit Sorge die Herausforderung bezüglich von in Daesch-kontrollierten Gebieten geborenen Kindern und wollen zusammen Möglichkeiten prüfen, wie diese Kinder ermittelt und geschützt werden können.

Uns, den G7-Staaten, ist die internationale Dimension des Problems der ausländischen terroristischen Kämpfer bewusst: Erforderlich ist eine internationale Antwort, die mit der sich ständig verändernden Art der Bedrohung Schritt hält.

Daher wollen wir uns für stärkere Zusammenarbeit einsetzen, nicht nur mit den G7-Ländern, sondern auch mit der internationalen Gemeinschaft, um die Bedrohung durch ausländische terroristische Kämpfer zu bewältigen. Wir

wollen unser Fachwissen und unsere Ressourcen austauschen, um unseren Partnern in Konfliktgebieten sowie möglichen Transit- und Zielländern der ausländischen terroristischen Kämpfer zu helfen, damit wir gemeinsam besser in der Lage sind, der Bedrohung durch ausländische terroristische Kämpfer zu begegnen. Wir werden auch andere unterstützen, um bewährte Verfahren und die wirksamsten verfügbaren Werkzeuge zu ermitteln und umzusetzen.

Aktionsplan für das gemeinsame weitere Vorgehen

Um den Kampf gegen Terrorismus und Radikalisierung zu stärken und mit noch mehr Nachdruck Verpflichtungen in konkrete Maßnahmen umzusetzen, werden wir mit der Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Dazu werden wir

- unser Ziel bekräftigen, die Verbreitung terroristischer Inhalte im Internet und den Missbrauch des Internets durch ein weltweites entschiedenes Vorgehen in enger Zusammenarbeit mit der Internetwirtschaft und Zivilgesellschaft zu verhindern, aufbauend auf der Arbeit des EU-Internetforums und des neu eingerichteten Global Internet Forum to Counter Terrorism (GIFCT);
- die Fortschritte der Betreiber von Sozialen Medien und Anbieter von Kommunikationsdiensten beim Bilden eines strategischen Bündnisses anerkennen, um die Ausnutzung von Online-Plattformen zu terroristischen Zwecken zu verhindern und zu bekämpfen und die gemeinsamen Grundsätze von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen;
- die laufenden Bemühungen unterstützen, Internetunternehmen aufzufordern, terroristische Inhalte auf ihren Plattformen wesentlich schneller zu erkennen und zu löschen, und sie ermutigen, Lösungen zu entwickeln, um diese Inhalte innerhalb von ein bis zwei Stunden nach dem Hochladen zu erkennen und zu löschen, soweit dies technisch machbar ist; die Entwicklung technischer Werkzeuge für das automatisierte Erkennen und Löschen solcher Inhalte vorantreiben; mit kleineren Plattformen zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass sie widerstandsfähiger gegenüber terroristischem Missbrauch werden, und weitere Forschung unterstützen, um ein tieferes Verständnis dafür zu entwickeln, wie der Radikalisierung im Internet besser entgegengewirkt werden kann;
- betonen, wie wichtig es ist, dass den Strafverfolgungsbehörden gelöschte Inhalte gegebenenfalls gemeldet werden, damit Bedrohungen für die öffentliche Sicherheit untersucht und mögliche kriminelle Aktivitäten verfolgt werden können;
- die Gestaltung und Umsetzung einer weltweiten Plattform für Strafverfolgung bei Interpol prüfen, um terroristische Inhalte zu sammeln und zu verwerten, die von der Wirtschaft und nationalen Behörden gemeldet wurden, um Ermittlungen und Strafverfolgung zu unterstützen;

- die Unternehmen aufrufen sicherzustellen, dass die Möglichkeiten der Hashwert-Datenbank, die Wiederveröffentlichung bekannter terroristischer Inhalte im Internet zu verhindern, vollständig ausgeschöpft werden; die an der Hashwert-Datenbank mitwirkenden Unternehmen aufrufen, ihr Möglichstes zu tun, um kleinere Unternehmen zu ermutigen und darin zu unterstützen, sich der Initiative anzuschließen;
- die Möglichkeit in Betracht ziehen, dass das strategische Bündnis zwischen den Ländern und den Technologieunternehmen dadurch erreicht werden kann, dass ein strukturierter regelmäßiger Dialog auf technischer Ebene eingeleitet wird;
- das Thema „Daten von Kampfschauplätzen“ unter den G7-Mitgliedstaaten in Anerkennung der rechtlichen und verfahrenstechnischen Herausforderungen eingehender diskutieren;
- zu Verbesserungen des Informationsaustauschs in Einklang mit unseren nationalen und internationalen Rechtsgrundlagen aufrufen, um eine stärkere Wirksamkeit und mehr Aufmerksamkeit für operative Bedürfnisse zu erzielen;
- die Rolle Interpols als eine weltweite Plattform für den Austausch von strafrechtlichen Informationen, einschließlich auf Kampfschauplätzen gewonnener biometrischer Informationen und Daten, und von Daten zu verlorenen und gestohlenen Reisedokumenten sowie für die systematische Überprüfung von internationalen Reisenden unterstützen und alle Staaten ermutigen, verstärkt die Interpol-Datenbanken nutzen;
- innerhalb der G7 und mit anderen internationalen Partnern bewährte Verfahren beim Umgang mit Rückkehrern, ausländischen terroristischen Kämpfern und ihren Familien austauschen, damit die Erstbearbeiter die praktischen Empfehlungen leichter umsetzen können und ein umfassender Ansatz verfolgt wird, der vielfältige Reaktionen auslöst, darunter behördenübergreifende Zusammenarbeit, Risikobewertung, mögliche Eingriffe, Wiedereingliederung, Abstandnehmen von terroristischen Aktivitäten und Strafjustiz;
- Fachwissen austauschen, insbesondere über die Expertenebene der G7 und das Global Counter Terrorism Forum (GCTF), sowie Wissen, Ressourcen, Forschung und Technologie anbieten, um den wiederholten Angriffen auf öffentliche Räume und Großveranstaltungen entgegenzutreten;
- unsere Bereitschaft bekräftigen, uns weiterhin für den Austausch und die Nutzung von Fluggastdaten (PNR) und erweiterten Fluggastdaten (API) bei der Überprüfung von Reisenden einzusetzen, da diese Informationen unerlässlich sind, um terroristische Bedrohungen zu erkennen und zu bekämpfen, die von risikoträchtigen Reisenden ausgehen;

- uns dafür einsetzen, die Luftsicherheit weltweit zu erhöhen, indem wir, u. a. in Zusammenarbeit mit der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO), die Überprüfung von Fluggästen, Luftfahrtpersonal, Handgepäck, aufgegebenem Gepäck und Luftfracht ausweiten, um terroristische Bedrohungen besser zu erkennen;
- uns dafür einsetzen, die Zusammenarbeit im Bereich Terrorismusbekämpfung in allen internationalen Foren zu verbessern, wobei wir nochmals unterstreichen, wie wichtig es für den Austausch bewährter Verfahren und Maßnahmen zum Schutz unserer Bürger ist, dass sich die G7-Länder und andere Partner zur Global Coalition against Daesh sowie zum Global Counter Terrorism Forum (GCTF) der Vereinten Nationen, seinen Arbeitsgruppen und Initiativen bekennen.